



# FASCHISMUS

4. Jahrgang  
No. 19

Amsterdam, den 19. September 1936

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-  
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Die Wahrheit über  
Spanien.

(I.T.F.) Der Sender Barcelona  
sendet auf Welle 41,55 in deutscher  
Sprache.  
Sonntag 23 Uhr bis Montag 05<sup>9</sup>  
Montag und Mittwoch von 18-19 Uhr.  
Donnerstag und Freitag von 22-23 Uhr.

20 000 aus der Heimat  
vertrieben.

(I.T.F.) Der nationalsozialistische  
Senat der "Freien Stadt Danzig" hat  
20 000 Danziger gezwungen, ihre Hei-

mat zu verlassen.

Ergrauten Arbeitern, Angestellten, Beamten und Invaliden, denen das Deutsche Reich Pension zu zahlen hat, wurde erklärt, dass sie mit ihren Familien ins Dritte Reich ziehen müssten, in Danzig würde ihnen kein Pfennig ausgezahlt. Danziger Erwerbslosen wurde vom Nazi-Senat die Unterstützung entzogen, sodass sie sich damit einverstanden erklären mussten, zu Befestigungsarbeiten ins Dritte Reich verschickt zu werden. Insgesamt wurden von den Nationalsozialisten, wie der Danziger Oberregierungsrat Dr. Dormeyer (in der soeben erschienenen Broschüre "Die Danziger Marktregelung" auf S.68) feststellt, 20 000 Danziger aus ihrer Heimat verjagt.

Von 400 000 Danzigern haben die "Verteidiger" von "Blut und Boden" bisher jeden 20. deportiert.

Massenverhaftungen in Italien.

(I.T.F.) Seit Beginn des Raubzugs gegen Abessinien nimmt die italienische Geheimpolizei, die Ovra, in fast allen Städten Italiens Massenverhaftungen vor. Allein in Mailand, Turin, Genua, Venedig und Livorno hat das berüchtigte Spezialkommando aus Rom Hunderte antifaschistischer Arbeiter und zahlreiche antifaschistische Intellektuelle verhaften lassen. Die italienischen Zeitungen durften über diese Razzien nichts melden. Aber jetzt haben die Verhaftungen von Antifaschisten einen derartigen Umfang angenommen, dass selbst die offizielle italienische Nachrichtenagentur sie zugeben muss. Sie berichtet allerdings nur von geringfügigen Festnahmen. Aber allein in der kleinen Stadt Terni (Umbrien) wurden am 30. August etwa 300 Arbeiter der Waffenfabriken verhaftet, weil sie ihrer Sympathie für die kämpfenden spanischen Antifaschisten Ausdruck gegeben hatten.

Nicht einmal Teuerungsausgleich. (I.T.F.) Seit Beginn des Raubzuges gegen Abessinien werden im faschistischen Italien keine Statistiken

über die Entwicklung der Preise mehr veröffentlicht. Nach Mitteilung des italienischen Berichterstatters der Londoner "Times" (am 15. August) hat aber jetzt der italienische Finanzminister zugegeben, dass vom September 1935 bis zum Mai 1936 die Grosshandelspreise in Italien um 9% gestiegen sind. Man kann annehmen, dass die Lebenshaltung, mindestens um den gleichen Prozentsatz gestiegen ist, eher noch stärker. Inzwischen steigen die Preise weiter. Die Preise für Weizen wurden Mitte August erneut erhöht. Das bedeutet, da Teigwaren in der Ernährung der italienischen Arbeiter eine grosse Rolle spielen, eine empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung. Die Lohnerhöhungen, die den in Unruhe geratenen Arbeitern in den letzten Wochen bewilligt werden mussten, betragen aber nur 5-10%. Ein grosser Teil der Arbeiter hat nicht einmal einen vollständigen Teuerungsausgleich erhalten, im günstigsten Falle bleiben die Reallöhne auf dem niedrigen Niveau, auf das die Faschisten sie bis zum Jahre 1935 gesenkt haben. Von der versprochenen Verbesserung der Lage der Arbeiter nach Beendigung des abessinischen Raubzuges ist keine Rede mehr.

(Für die Redaktionen: die Lohnerhöhungen betragen nach faschistischer Angabe für Baugewerbe, Chemieindustrie, Seidenindustrie, Gerbereien 10%, für Gas- und Elektrizitätswerke 8-10%, in der Lederverarbeitung 7-10%, bei den Seeleuten 6-10%, in der Holz- und Metallindustrie 8%, in den Bergwerken 5-8%.)

### Katholischer Faschismus.

(I.T.F.) Österreich ist das Musterland des Vatikans; zwar führt auch die portugiesische Diktatur das Krukenkreuz im Wappen, aber die Verfassung der christlichen Diktatur Österreichs beruft sich ausdrücklich auf die sozialen Sendschreiben der Päpste und der katholische Klerus nennt den Donaustaat stolz den Staat des sozialen Sendschreibens des Papstes, den Staat des Quadragesimo anno. Die katholischen Bischöfe Deutschlands, die sich in ihrem letzten Hirtenbrief dem für die Verfolgung der katholischen deutschen Arbeiter verantwortlichen Reichskanzler Hitler, den sie als "unsern Führer" bezeichnen, als Bundesgenossen anbieten, die katholischen faschistischen Parteien und Strömungen, die in vielen Ländern den Arbeitern durch "Verwirklichung" der päpstlichen Sendschreiben das Paradies auf Erden versprechen, vermeiden es allerdings ängstlich, sich auf Österreich zu berufen. Denn in Österreich haben die Arbeiter erfahren, was katholischer Faschismus bedeutet. Die Empörung der Arbeiter gegen diese mit päpstlichen Rundschreiben verhüllte Sozialreaktion ist so stark, dass selbst Organe der faschistischen "Gewerkschaften" und katholische Geistliche diesen Protesten Raum geben müssen. "Zahlreich sind die Klagen der Arbeiter über Unternehmer, die die Kollektivverträge nicht einhalten, die die Löhne drücken und die Überstundenbezahlung verweigern. Und nicht minder zahlreich sind die Klagen über Unternehmer, die sich weigern, Kollektivverträge abzuschliessen, und die wahre Hungerlöhne zahlen... Was nützen soziale Kundgebungen und soziale Gesetze, wenn die Reden nicht, beherzigt und die Gesetze nicht eingehalten werden?" ("Arbeiterwoche", Wochenblatt der faschistischen Einheitsgewerkschaft, Nr. 36 vom 5. September).

Der geistliche Berater der "christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung", ein Zisterzienserpater, muss zugeben: "Man muss ehrlich bekennen: der (österreichische) Arbeiter hat das, was er hat, nicht durch das neue christliche Österreich, er hat es sich im harten Kampfe im verhassten und verpönten Parteienstaate errungen oder ertrotzt. Da darf man keine Wunder erwarten, da darf man nicht Bekenntnisse fordern, zu denen kein Grund vorhanden ist. Soll vielleicht der österreichische Arbeiter sich zu dem Unrecht bekennen, das ihm von wem immer im neuen Österreich zugefügt wurde? ... Einem anständigen Menschen bleibt nur das Kopfschütteln, dass sich die Arbeiterschaft in Österreich das (alles) gefallen lässt" ("Österreichische Arbeiterzeitung" Nr. 34 vom 22. August). Und die katholischen Arbeiter stöhnen nach 2 1/2 Jahren katholischer Diktatur: "Müssen denn wirklich erst Generalstreiks und Volksfrontregierungen kommen, um soziale Zustände herzustellen und die Macht einiger weniger Geldleute wenigstens etwas in die Schranken zu weisen? Muss das diesen Kreisen überlassen bleiben? Was ist es mit der

vom Papst geforderten gerechteren Verteilung der Erdengüter?" (Leitartikel der "Österreichischen Arbeiterzeitung", Zentralorgan der christlichen Arbeiter und Angestelltenbewegung, Nr. 36 vom 5. September 1936).

Das ist die "gerechtere Verteilung der Erdengüter" im Musterstaat des katholischen Faschismus:

"Von den (österreichischen) dividendenzahlenden Industrieunternehmen hat keine einzige ihre Ausschüttung für 1935 gekürzt. Eine Reihe von Industriegebieten sah eine Dividendenerhöhung vor, die Mehrzahl hielt die 1934 gezahlten Dividenden aufrecht", berichtet das Organ der österreichischen faschistischen "Gewerkschaft der Arbeiter in der Lebens- und Genussmittelindustrie" (September 1936). Gleichzeitig meldet das amtliche österreichische Institut für Konjunkturforschung: "Der Umsatz in der Konfektionsbranche liegt noch immer etwas unter dem Wert für Juli 1935... Der Umsatz von Schuhen, der seit März ständig sinkt, hat im Juli im Vergleich zum Juni um weitere 4% abgenommen".... Der Lebensmittelumsatz ist von Mai bis Juni um 12% gesunken und liegt (trotz Preissteigerung! Red.) um 7% unter dem Wert für den Juni 1935. Eine nähere Analyse zeigt, dass sich der Konsumrückgang im allgemeinen auf die ärmeren Schichten der Bevölkerung beschränken dürfte".

Die Massen hungern - die Dividenden steigen. Das ist die gerechte Verteilung der Erdengüter durch die katholische Diktatur.

Vergeblicher Appell an den Papst. (ITF) Die österreichischen katholischen Zeitungen preisen, wie  
===== zahlreiche gewissenlose katholische

Zeitungen aller Länder, den Aufstand der unter Leitung der beiden Freimaurer General Cabanellas und General Queipo de Llano stehenden Offiziere, die griechisch-katholische Fremdenlegionäre und mohammedanische Marokkaner zur Abschlichtung katholischer spanischer Arbeiter nach Spanien führten, als Rettung des Christentums. Auch die katholische Arbeiterschaft Österreichs ist über diese scheinheilige Verteidigung der spanischen Soldateska entrüstet. Das "Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung", die legal in Wien erscheinende "Österreichische Arbeiterzeitung" protestierte gegen Hetze der gewissenlosen katholischen Presse: "Wir sind bei der Zumessung von Schuld und Verantwortlichkeit vorsichtiger als Leute, deren ihre Gruppeninteressen höher stehen als die Gerechtigkeit. Die unsozialen, ja sogar antisozialen Traditionen des spanischen Katholizismus tragen ein gerüttelt Mass an geschichtlicher Schuld für das heutige Chaos. Ja, es ist wirklich das Chaos in Spanien heute, denn die faschistische Generalspartei ist nicht einen Deut weniger anarchistisch als die Linke...."

Wir empören uns gegen den Mord, gegen die Verbrennung der Kirchen und gegen die Ausrottung ihrer Diener, aber ebenso lehnen wir flammend ab die Greuel von Badajoz: dort wurde im Namen Jesu Christi und im Namen der Heiligen Gottesmutter gemordet, Massen von Arbeitern wurden gemordet in ihrem Namen. Wir sind überzeugt, dass der Heilige Vater die einseitigen Verurteilungen der katholischen öffentlichen Meinung in vielen Ländern gegen die Linke ergänzen und die Stimme der Gerechtigkeit erheben wird, um diese schändliche Gotteslästerung zu verurteilen" ("Österreichische Arbeiterzeitung" Nr. 35 vom 29. September 1936).

Bis heute hat der Papst die Stimme der Gerechtigkeit nicht erhoben, um die Arbeitermorde in Spanien zu verurteilen....

Saniert?

=====

(ITF) In seiner "Proklamation" zum Nürnberger Parteitag der NSDAP erklärte Hitler, die deutschen Gemeinden seien saniert. Die Gemeinden wissen nichts davon: "die Zahl der Gemeinden mit unausgeglichenem Haushalt ist noch immer nicht unbedeutend und die grosse Mehrzahl (der Gemeinden) hat die nachhaltige Sicherung der Haushaltslage... noch nicht erreicht" stellte "Der Gemeindetag", das Zentralorgan der deutschen Gemeinden (am 15. II. 1936) nüchtern fest.

"Todesfalle für die Arbeiter". (ITF) Die schönsten Arbeiterschutzesetze verlieren ihren Wert wenn keine freie Gewerkschaft da ist, die ihre Durchführung erzwingt. Die Arbeiter der faschistischen Staaten haben das erfahren. Im Italien Mussolinis, im "heidnischen" Reich Hitlers, in der christlichen Diktatur Schuschniggs, in allen faschistischen Staaten liegt es weitgehend im Belieben des Unternehmers, ob er sich noch um Arbeiterschutzesetze kümmern will oder nicht. In Österreich, dem Musterland des katholischen Faschismus, ist die Erregung der Arbeiter über das bedenkenlose Spiel mit Arbeiterleben so gestiegen, dass sich selbst eine faschistische "Gewerkschaft" zu Protestschritten gezwungen sah. Die faschistische "Gewerkschaft der Arbeiter im Baugewerbe" muss (in ihrem Monatsblatt im September) feststellen: "Schon bei den Hänge- und Leitergerüstfirmen, also jenen Unternehmungen, die sich ausschliesslich mit der Herstellung von Hänge- und Leitergerüsten beschäftigen, ist infolge des immer mehr überhandnehmenden Antreibersystems und der praktisch unbegrenzt langen Arbeitszeit, die an sich bereits grosse Unfallgefahr bei dieser Arbeitergruppe ins Gigantische gestiegen, so dass Todesstürze von Arbeitern und schwerste Verletzungen derselben genau so förmlich an der Tagesordnung sind, wie sich nunmehr auch Gerüsteinstürze bemerkbar machen. Schlimmer noch liegen die Verhältnisse aber bei jenen Baufirmen, die Gerüste herstellen, dazu aber auf diese Arbeit spezialisierte Kräfte n i c h t verwenden, sondern sie einfach von gerade erreichbaren Hilfsarbeitern herstellen lassen. Zu diesem ungeschulten Personal kommt dann meistens auch noch mangelhaftes Gerüstmaterial, so dass diese Gerüste nicht nur eine ständige Lebensgefahr für die Strassenpassanten, sondern auch eine ausgesprochene Todesfalle für die Arbeiter an und auf diesen Gerüsten sind.

Gegen das Überhandnehmen des Antreibersystems und dem Arbeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit, natürlich kennt man auch" -- in der katholischen Diktatur! -- "Sonn- und Feiertage nicht, hat die (faschistische) Gewerkschaft nun schon wiederholt bei den betroffenen Firmen Einspruch erhoben. Es hat wenig genützt." Denn faschistische Scheingewerkschaften nimmt kein Unternehmer ernst.

100 000 ohne Hilfe. (ITF) Im "christlichen" Österreich wirkt sich die eingeführte Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung aus. Im Juni 1936 lag die Zahl der beschäftigten Krankenversicherten mit 1 340 000 um 120 000 unter der Ziffer des Vorjahres. Da die Zahl der Altersrentner in der gleichen Zeit nur um 2 000 zunahm, hätte die Zahl der Erwerbslosen um 118 000 steigen müssen. Statt dessen ging die Zahl der unterstützten Erwerbslosen -- und nur diese werden gezählt -- um 10 000 zurück. Einige Tausend Erwerbsloser werden bei der vergrösserten Armee eingestellt worden sein. Über 100 000 Erwerbslosen aber ist jeder Schilling Erwerbslosenunterstützung verweigert worden. Sie können bei Verwandten oder bei Klosterküchen betteln gehen. Wenn der Hunger sie auf die Strasse treibt, werden sie in "Bettlerlager" gesperrt.

Den Bogen überspannt. (ITF) Aus dem Dritten Reich wird uns berichtet, dass zahlreiche deutsche Arbeiter den Nachrichten der deutschen Presse über den Moskauer Scheinprozess und über die Erschiessung von 16 Bolschewiki nicht glaubten. Sie trauten der Sowjetunion die Veranstaltung eines "Reichstagsbrandprozesses" und eines "30. Juni 1934" nicht zu und hielten die Nachrichten über diesen "Scheinprozess" und über die Erschiessungen der Mitarbeiter Lenins für eine bösartige Erfindung des deutschen Propagandaministeriums.

Die Hitler-Diktatur wird nervöser. (ITF) Nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften (im Mai 1933) wurden die Betriebszellenobmänner der nationalsozialistischen Partei beauftragt, die Betriebe zu überwachen und in regelmässigen -- meist monatlichen -- Abständen über die Stimmung der Arbeiter an die nationalsozialistischen Behörden zu berichten. Aber diese Berichte gaben kein deutliches Bild von der wirklichen Stimmung in den Betrieben. Die Zellenobleute hatten, um zu zeigen, wie erfolgreich sie sich agitatorisch betätigten, von Monat zu Monat von grösserer Begeisterung berichtet, so dass bald keine Steigerung mehr möglich war. Diese Spitzelberichte verloren denn auch für die Diktatur jeden Wert. Mitte August hat sich das Propagandaministerium deshalb in einem "geheimen" Rundschreiben direkt an die

Betriebsleitungen der wichtigsten Grossbetriebe mit dem Ersuchen gewandt, alle 14 Tage über die Stimmung der Arbeiterschaft zu berichten, insbesondere darüber, wie die Arbeiter auf die Verknappung der Lebensmittel reagieren. Über die Diskussionen im Betrieb sei besonders eingehend zu berichten. Die Nationalsozialisten, die sich nach aussen so gern ihrer Stärke rühmen, bangen vor den Arbeitern.

Die Betriebszellen der NSDAP sind bei dieser Berichterstattung ausgeschaltet worden, die Direktionen berichten auf Grund eigener Bespitzelung der Belegschaft. Nur die Kreisleitung der Nazipartei erhält noch eine Abschrift des Berichtes der Werkleitungen.

Verratenes Programm.  
=====

(ITF) Diktatoren lassen sich nicht gern an die Versprechungen erinnern, die sie den Massen machten. In

Italien dürfen die Bibliotheken faschistische Zeitungen und Bücher aus der "Kampfzeit" nur noch mit besonderer Genehmigung ausleihen, in Deutschland wurde die entsprechende Literatur von der nationalsozialistischen Partei aufgekauft. Aber in 2 Millionen Mitgliedsbüchern der NSDAP stand das Programm, für das Hitler "sein Leben einzusetzen" versprach, im Wortlaut, eine peinliche Mahnung. In den neu ausgegebenen Mitgliedsbüchern der NSDAP wurde denn auch (wie die "Deutsche Revolution" vom 6. September berichtet); das Parteiprogramm nicht mehr abgedruckt.

Unter dem Hungerhaken.  
=====

Unter den deutschen Seeleuten heisst das Hakenkreuz kurz und treffend: der Hungerhaken.

(ITF) Auf einer Sitzung der Spitzenkorperschaft der Deutschen Arbeitsfront, der Reichsarbeitskammer, hatte (am 28. April 1936) ein Industrieller festgestellt, dass die Arbeiter in den Betrieben über die Höhe der Lohnabzüge empört seien. Von einer Mark verdienten Lohnes erhielt der deutsche Arbeiter im Durchschnitt nur noch 76,7 Pfennige, 23,3% des Lohnes würde ihm direkt für Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und vor allem für die zahllosen nationalsozialistischen Organisationen abgezogen. Aus den Angaben des Industriellen liess sich berechnen, dass allein im Jahre 1935 die verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen den deutschen Arbeitern fast eine Milliarde Reichsmark abgepresst hatten. Der Industrielle erklärte, dass die Unternehmer der wachsende Widerstand der Arbeiter gegen diese Nazi-Bonzensteuern "mit besonderer Sorge" erfüllte und forderte energische Senkung der Beiträge für die Nazi-Organisationen, da die Arbeiter sich diese Beiträge "am Munde absparen" müssten und deshalb Lohnerhöhung forderten.

Die Deutsche Arbeitsfront verbot die Veröffentlichung dieser Rede. Nur durch den Zufall, dass eine Studentenzeitschrift (die von jenem Industriellen geleiteten "Akademischen Blätter") den Wortlaut des Referats brachte, wurde bekannt, dass die Industrie zur Vermeidung einer Lohnerhöhung die Senkung der "Bonzensteuern" forderte. Das Blatt der Arbeitsfront, die "NS-Sozialpolitik", veröffentlichte nur einen belanglosen Auszug aus der Rede.

Erst 5 Monate später auf dem Nürnberger Parteitag der N.S.D.A.P. hat sich die Arbeitsfront zur Wehr gesetzt. Dr. Ley liess eine Rede verlesen, in der er ausdrücklich feststellte, dass der deutsche Arbeiter genügend verdiene, um sich "eine ordentliche Ernährung" kaufen zu können. Er gab an, dass "der Durchschnitts-Wochenlohn des deutschen Arbeiters 27,80 RM beträgt". (Völkischer Beobachter, Nr. 258 vom 14. September). Aber selbst falls die Angaben des bedenkenlosen Dr. Ley stimmen würden -- das Statistische Reichsamt gab (im 2. Aprilheft von "Wirtschaft und Statistik") den Durchschnitts-Wochenlohn mit 24,04 RM an -- betrüge unter Berücksichtigung der hohen Abzüge der Durchschnitts-Nettolohn nur 21,32 M. Dr. Ley aber erklärt, der deutsche Arbeiter könne trotz der hohen Preise mit seinem Lohn auskommen, denn er brauche "für eine ordentliche Ernährung" nur 11,08 M pro Woche. Dr. Ley gab eine genaue Aufstellung des "Wochenbedarfs" einer Arbeiterfamilie mit exakten Preisen. Wo Dr. Ley zu den von ihm angegebenen Preisen einkaufen kann, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich suchte er sich für jede Lebensmittelart den billigsten Ort in ganz Deutschland aus, um seine Statistik zu verschönern. In den Grossstädten, in denen die Massen der deutschen Arbeiter wohnen, sind die Lebensmittelpreise erheblich höher. Trotzdem ist die Aufstellung Dr. Leys sehr interessant. Diese amtliche Berechnung des Leiters der Arbeitsfront beweist, dass im Dritten Reich die Arbeiterfamilien hungern müssen. Ein Vergleich zwischen der Menge der Lebensmittel, die nach Angabe Dr. Leys gerade noch vom

Lohn gekauft werden kann und dem Wochenbedarf einer typischen deutschen Arbeiterfamilie nach der Auffassung des Statistischen Reichsamts (die im 1. Oktoberheft 1934 von "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht wurde) zeigt das deutlich:

	Nach der Berechnung des Statistischen Reichsamts ist nötig:		Nach den Angaben Dr. Leys kann nur gekauft werden:	
Roggen- oder Mischbrot	7,500	kg	2	kg
Weizengebäck	1,500	"	0,400	"
Teigwaren und Mühlenfabrikate	1,875	"	überhaupt nicht	
Zucker	1,125	"	0,500	"
Kartoffeln	12,500	"	3	"
Hülsenfrüchte	0,375	"	überhaupt nicht	
Gemüse	3	"	2	"
Gemüse-Konserven	0,250	"	überhaupt nicht	
Fleisch und Fisch	3,400	"	1,250	"
Milch	11 1/4	Liter	3	Liter
Fett	1,125	kg	0,500	kg
Käse	0,375	"	0,150	"
Eier	9	Stück	3	Stück

Für die Genussmittel (Kaffee, Tee, Tabak etc.) gab Ley vorsichtig keine mit der Berechnung des Statistischen Reichsamts vergleichbaren Daten an.

Die Nahrungsmittelmenge, die sich nach den Feststellungen Dr. Leys eine Arbeiterfamilie im Dritten Reich nur noch kaufen kann ist also selbst nach der Auffassung des nationalsozialistischen Statistischen Reichsamts bei weitem unzureichend. Dass Dr. Ley diese Hungerrationen als "ordentliche Ernährung" bezeichnet, ist eine freche Verhöhnung der entrechteten deutschen Arbeiter.

Blühende Phantasie.

=====

(ITF) In seiner Proklamation zum Nazi-Parteitag berichtete Hitler

am 9. September stolz, dass "schon über 1 000 km" Autostrassen "in Betrieb" seien. Nach dem am 2. September ausgegebenen Bericht des Statistischen Reichsamts aber waren erst 567 km Autostrassen befahrbar (Wirtschaft und Statistik, Seite 633). 433 km liefen durch die blühende Phantasie des Herrn Hitler.

(ITF)

Hitlers "eiserner Grundsatz".

=====

In seiner (am 9. September) auf dem Nazi-Parteitag in Nürnberg verlesenen Proklamation erklärt

Hitler: "Es wäre der Staats- und Wirtschaftsführung ohne weiteres möglich gewesen, die Löhne um 20, um 40 oder um 50% zu erhöhen", aber es war "der eiserne Grundsatz der nationalsozialistischen Führung, keine Steigerung des Stundenlohns zuzugeben". Dafür sind "durch Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung zunächst einmal manche Kapitalgesellschaften wieder sehr gut ins Geschäft gekommen. Allgemein war zu beobachten, dass die Gesellschaften seit 1933 und 1934 grosse Rücklagen vornehmen konnten, sich, wie man sagt, ein finanzielles Fettpolster zulegten..., dass die Gesellschaften die Bezüge der Vorstandsmitglieder wesentlich erhöht haben" ("Der Angriff", Tageszeitung der Arbeitsfront, vom 30. August 1936, Nr. 204).

Der Parteigründer spielt Zither.

=====

(ITF) Am 3. September sandte der "Deutschlandsender" ein Radiokonzert "Grosses buntes Konzert der

Deutschen Reichsbahn". Zwischen humoristischen Vorträgen produzierte sich in diesem Konzert als Zitherspieler der Reichsbahninspektor Anton Drexler, der Gründer der nationalsozialistischen Partei.

Drexler hatte mit Hitler Differenzen bekommen, 1928 gründete er eine Partei gegen die "vornehme" Nazipartei. Trotzdem darf er heute im Nazi-Rundfunk Zither spielen.

So grosszügig ist Hitler.

Spaniensammlungen in den

=====

deutschen Betrieben.

=====

(ITF) Auf Veranlassung der Auslandsorganisation der Deutschen Arbeitsfront, die mit der Auslandsorganisation der NSDAP identisch ist, wurden in zahlreichen deutschen Betrieben

vom Betriebsleiter Sammlungen für die aus Spanien geflohenen Nazis durchgeführt. Die Deutsche Arbeitsfront, deren Sprachschule in Bar-

celona das Zentrum der nationalsozialistischen Verbindungen mit den aufständischen Generälen war, hatte auf Grund ihrer zügellosen Hetze gegen die spanischen Arbeiter anscheinend mit einer grossen Gebefreudigkeit der Arbeiter gerechnet und daher durch ihre Vertreter überall mit den üblichen Drohungen vorschlagen lassen, "freiwillig" einen vollen Stundenlohn für diese Remigranten zu zahlen. In den meisten Fällen aber zahlten die Arbeiter nur 5-10 Pfennige und auch die nur murrend. Typisch ist das Ergebnis der Sammlung in einem Grossbetrieb mit etwa 1500 Beschäftigten. Nach dem Vorschlag der Arbeitsfront sollte auch dort mindestens ein Stundenlohn, also durchschnittlich 50-70 Pfennig, gezeichnet werden. Die Sammlung aber ergab einschliesslich der Spende der Direktion nur 112 RM. Aus mehreren Betrieben wird berichtet, dass Arbeiter, die Beteiligung an diesen Sammlungen verweigerten, entlassen wurden.

Bluff für das Ausland.

=====

(ITF) Während des Internationalen Freizeitkongresses wurden im ganzen Dritten Reich Volksfeste veranstaltet, an denen Arbeiter, die Mitglieder von Sport- oder Gesangsvereinen sind, teilnehmen mussten. Die Volksfeste fanden meist nachmittags statt, die Arbeiter wurden mittags beurlaubt. In den örtlichen Zeitungen wurde mitgeteilt, dass die ausfallende Arbeitszeit von den Unternehmern vergütet würde. Diese Mitteilung wurde den anwesenden Ausländern als Beweis nationalsozialistischer Volksgemeinschaft gezeigt.

In Wirklichkeit wurde in den meisten Fällen für die ausgefallenen Stunden kein Lohn gezahlt. Soweit die beurlaubten Arbeiter in Akkordkolonnen arbeiteten, musste die Kolonne den Lohnausfall tragen, sonst der einzelne Arbeiter, der am Volksfest von "Kraft durch Freude" teilnehmen musste.

"Facharbeiterlohn": 30 Pfennig.

=====

(ITF) Die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront berichtet: in einem Prozess vor dem Landgericht in Koburg wurde "in aller Öffentlichkeit

klargestellt, dass man bei der gegebenen wirtschaftlichen Lage in der deutschen Heimindustrie Stundenlöhne von 30 Pfennig für Facharbeiter und 20 Pfennig für Hilfskräfte als normal (!) ansehen muss" ("Angriff" Nr. 211 vom 8. September 1936).

Ley antwortet den Bischöfen.

=====

(ITF) Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, fühlt sich berufen, eine neue deutsche Religion

zu verkünden, deren Gläubige dem "Führer" Adolf Hitler göttliche Ehren zu erweisen haben. Aus vagen Andeutungen sind im Laufe der Monate konkrete Formulierungen geworden. Am 17. Juli hat Ley in einer Versammlung in Hindenburg (Oberschlesien) ein regelrechtes Glaubensbekenntnis formuliert: "Wir glauben an Adolf Hitler, ... wir glauben, dass der Nationalsozialismus der alleinseligmachende Glaube ist".

Dem Bekenntnis folgte die Tat: am 21. Juli veröffentlichte das Disziplinargericht der Deutschen Arbeitsfront des Gaus Westfalen-Nord einen Aufruf, in dem noch einmal betont wurde, dass kein Arbeitsfrontmitglied katholischen Arbeitervereinen, Gesellenverbänden oder Angestelltenorganisationen angehören darf. "Darüber hinaus darf kein Arbeitsfrontmitglied all den anderen konfessionellen Standesvereinen angehören, die hier nicht besonders aufgeführt sind" ("Angriff" Nr. 170 vom 22. Juli). Die deutschen Bischöfe hatten gegen diesen Erlass Protest eingelegt und sich darauf berufen, dass diese katholischen Organisationen durch das Konkordat ausdrücklich geschützt seien. Eine Antwort haben die Bischöfe bis heute nicht erhalten. Dafür aber hat Dr. Ley jetzt Ausführungsverordnungen zur Rechtstellung der Arbeitsfront erlassen und festgelegt, dass künftig auch jeder katholische Arbeiter von Beauftragten Dr. Leys "weltanschaulich erzogen" wird. "Für die weltanschauliche, charakterliche... Vervollkommnung eines jeden Berufstätigen... hat die Deutsche Arbeitsfront Sorge zu tragen." (Par. 8 der "Erläuterung"). Die Arbeitsfront ist nicht gewillt, "die weltanschauliche Schulung... neben anderen Organisationen... durchzuführen. Dies ergibt sich aus dem Totalitätsanspruch der Deutschen Arbeitsfront" (Par. 2). Auf der Tagung der Arbeitsfront in Nürnberg hat Hitler diese Anordnung Dr. Leys gebilligt.

Antwort an die deutschen Bischöfe. (ITF) Im August hat die Gestapo  
 ===== im Süden und Westen Deutschlands  
 erneut Hunderte katholischer Arbeiter verhaftet. Noch während der "Verhöre" der Verhafteten durch die Folterknechte der Gestapo trat in Fulda die Konferenz der deutschen Bischöfe zusammen und beschloss, sich "unserm Führer" Hitler als Bundesgenossen gegen den Bolschewismus anzubieten. Die deutschen katholischen Arbeiter haben keine Möglichkeit, den Bischöfen ihre Meinung zu diesem Angebot mitzuteilen. Aber die Erklärungen zweier deutschsprachiger katholischer Organe, die ausserhalb des Machtbereichs der braunen Zensur erscheinen, entspricht der Stimmung breiter Kreise katholischer Arbeiter Deutschlands.

"Der Deutsche Weg" (Oldenzaal, Holland) bemerkt (am 13. September): "Man vergisst anscheinend immer wieder das eine, dass der Nationalsozialismus in dem Augenblick den Katholizismus freundlich behandeln wird, wenn er seine Prinzipien preis gibt."

Die in Luzern (Schweiz) erscheinenden "Deutschen Briefe" erklären (am 4. September): "Hitler hat nichts dagegen, dass sich die Kirchen ihm unterordnen und seiner Propaganda nutzen, indem sie ihn anerkennen und als Retter vor dem Bolschewismus preisen. Dieser NS-Antibolschewismus ist die grösste Diskreditierung der wahren Religion. Sie wird nur zu einer Propagandaangelegenheit zwecks Täuschung noch gläubiger Massen. Auf diese Weise wird der Eindruck erzeugt, dass die Kirchenführung zu allem bereit ist, wenn sie nur die äussere Existenz gesichert erhält, dass sie bereit ist, sich mit jedem Staat zu verständigen, der ihren physischen und finanziellen Bestand einigerermassen garantiert."

Hitlers Vierjahresbluff.

(ITF) In seiner "Proklamation" zum 4. Parteitag der NSDAP im Dritten Reich erklärte der Parteivorsitzende

de Hitler, dass die Versprechungen, mit denen er am 30. Januar 1933 als Reichskanzler vor das Volk getreten war, verwirklicht seien. Damals hatte er versprochen: "Binnen 4 Jahren muss der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrissen sein...muss die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein." Jetzt, behauptet Hitler, seien diese Versprechungen erfüllt: Die "Erwerbslosigkeitsziffer" sei "auf eine Million" herabgedrückt. -- Es würden "heute um rund 15 Milliarden Löhne und Gehälter mehr ausgezahlt als im Jahre 1933". -- Die "Einnahmen der deutschen Landwirtschaft seien höhere als jemals in einem Jahre unserer Friedenszeit vorher. -- "Ungeheure neue Siedlungen" seien entstanden--.

Es bleibe offen, ob der Reichskanzler Hitler auf die Fälscherkunststücke der Propagandaleitung der Naziartei hereingefallen ist, oder ob der Parteivorsitzende Hitler sich diese 4 unglaublich plumpen Fälschungen selbst aus den Fingern sog. Fest steht, dass keine einzige dieser Behauptungen stimmt.

Der Bluff mit der "endgültigen Überwindung" der Erwerbslosigkeit.  
Das Dritte Reich zählt nicht 1 Million, sondern rund 4 Millionen Erwerbslose. Eine neue Nazistatistik, die aus Versehen noch nicht "gleichgeschaltet" ist, straft den Parteivorsitzenden Lügen: Am 1. September wurde die Ausgabe der "Arbeitsbücher" abgeschlossen. Nach nationalsozialistischer Mitteilung sind 21,6 Millionen Arbeitsbücher an Arbeiter und Angestellte ausgegeben worden. ("Angriff" Nr. 196 vom 21. August). Nach der Statistik der Krankenkassen waren aber (Ende Juli) nur 17,8 Millionen Arbeiter und Angestellte "beschäftigt." Die Differenz zwischen den arbeitssuchenden Inhabern der Arbeitsbücher und der Zahl der Beschäftigten ergibt genau 3,8 Millionen. Zu diesen Erwerbslosen müssen noch die mehreren Hunderttausend scheinbeschäftigten Zwangsarbeiter hinzugerechnet werden, die gegen Erwerbslosenunterstützung und unzureichende "Aufwandsentschädigung" arbeiten müssen. 3 Millionen Erwerbslose hat Hitler "vergessen".

Der Bluff mit dem "erhöhten" Arbeitseinkommen.

Die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter stieg nicht, wie Hitler kühn behauptete, von 1933 bis 1935 um 15 Milliarden, sondern um 5 Milliarden (Wochenbericht des deutschen Instituts für Konjunkturforschung 1936, Nr. 8). 10 Milliarden RM existieren nur in der blühenden Phantasie Hitlers.

Selbst die Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme seit 1932 beträgt nur 5,3 Mrd. RM. Ein erheblicher Teil dieser Summe ist aber nur die alte Erwerbslosenunterstützung unter neuem Namen: denn Hunderttausende "Beschäftigter" erhalten nur ihre Erwerbslosenunterstützung praktisch in alter Höhe als "Lohn". Das Brutto-Einkommen der gegen Lohn und



Gehalt Arbeitenden und der Erwerbslosen stieg nur um 3,9 Mrd. RM. Seit 1932 aber wurden Steuern erhöht und "freiwillige" Lohnabzüge eingeführt. Das Netto-Arbeitseinkommen lag infolgedessen 1935 nur um 200 Millionen über dem des Krisenjahres 1932. Da aber durch die ausserordentliche Preissteigerung die Reichsmark seit 1932 20-30% ihrer Kaufkraft eingebüsst hat, ergibt sich: das Arbeitseinkommen ist nicht, wie Hitler erzählt, um 50% gestiegen, sondern um mindestens 20% gesunken.<sup>x)</sup>

#### Der Bluff mit der Rettung der Bauern.

Das amtliche deutsche Institut für Konjunkturforschung straft die Bauernfängerei des Vorsitzenden der Nazi-Partei Lügen. Es stellt fest, dass die Nazis die Not der deutschen Bauern vergrösserten: "Die Bruttoeinnahmen der Landwirtschaft haben sich zwar (im Erntejahr 1934/35 -- spätere Angaben liegen noch nicht vor, Red.) gegen 1932/33 etwa um 1 Milliarde erhöht, andererseits sind aber die Ausgaben für Betriebsmittel beträchtlich gestiegen. Einmal sind noch erhebliche Zins- und Steuerrückstände aus den vergangenen Jahren abzudecken (die Nazis haben ihr den Bauern gegebenes Versprechen, die Steuerrückstände niederzuschlagen, kaltblütig gebrochen! Red.), ferner sind (durch die Nazi-Handelspolitik. Red.) die Ausgaben für ausländische Futtermittel verhältnismässig hoch, schliesslich ist die Landwirtschaft (auf Befehl! Red.) dazu übergegangen, in vermehrtem Umfange (im Dienste der Kriegsvorbereitung. Red.) Investitionen vorzunehmen, teils, um den während der Krise nicht gedeckten Ersatzbedarf nachzuholen, teils auch um im Rahmen der Erzeugungsschlacht (zur Förderung der für den Kriegsfall erwünschten Autarkie. Red.) die Betriebe zu intensivieren. Aus all diesen Gründen konnte die Landwirtschaft als Käufer von Verbrauchsgütern noch nicht nachhaltig in Erscheinung treten" (Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung vom 1. Juni 1935, p. 151). Für die kleineren Bauern handelt es sich bei der Steigerung der Bruttoeinnahmen nicht um eine Verbesserung ihrer Lage, sondern um einen Ausverkauf. "Sämtliche Viehbestände...sind vermindert".

In seinem am 25. März 1936 abgeschlossenen Vierteljahrsheft ergänzte das Konjunkturinstitut: das Eintreiben der rückständigen Zinsen und Steuern durch die motivierten nationalsozialistischen Gerichtsvollzieher hat im letzten Erntejahr die Lage der Bauern weiter verschlechtert: "So trägt besonders das noch immer unbereinigte Problem der rückständigen Zinsen und Steuern und der zukünftigen Kreditmöglichkeiten ein Unsicherheitsmoment in die Landwirtschaft. Der Schuldendruck hat nur "wenig nachgelassen". Es stellt "Verringerung landwirtschaftlichen Sachvermögens" fest. Die Bauern mussten in ihrer Not ihr Vieh verkaufen, "zu einem Teil ist die Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens auf Kosten des Vermögensbestandes vor sich gegangen" (S.427). Nach der letzten Viehzählung (Dezember 1935) lag der Bestand an Schweinen und Rindvieh noch unter dem Stand des Krisenjahres 1932. Der Bluff mit den "ungeheuren Siedlungen".

Auch die glücklichen Siedler auf den "ungeheuren neuen Siedlungen" existieren nur in der Phantasie des Herrn Hitler. Statt der den Landarbeitern und Bauernsöhnen versprochenen verstärkten Siedlung brachte das Dritte Reich ein Abstoppen der Siedlung. Nach Angabe des Statistischen Reichsamts wurden

	im Siedlungsjahr					
	1932	auf	9046	Neubauernstellen	39 004	Personen angesiedelt
aber	1933	nur noch	" 4914	" "	20 719	"
	1934	" "	" 4931	" "	20 950	"
und	1935	gar	" " 3780	" "		geschaffen.

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1935, Seite 78 und Wirtschaft und Statistik, 1. Maiheft 1936).

Die amtlichen Statistiken des Dritten Reiches widerlegen die Fälschungen der "Proklamation", sie zeigen:

Die Lage der breiten Masse der Klein- und Mittelbauern hat sich im Dritten Reich noch verschlechtert;

die Arbeitslosigkeit wurde nicht "endgültig beseitigt"; trotz Aufstellung einer Millionenarmee sind 4 Millionen Deutsche ohne Erwerb; die Massen der Arbeitenden befinden sich in grösster Not.

Die Nationalsozialisten haben die Versprechungen ihres "ersten Vierteljahresplans" nicht erfüllt.

x) Für die Redaktionen: Genaue Berechnung ist in "Faschismus" Nr. 10, Seite 94 und Nr. 17 Seite 151 zu finden.

Wo findet man illegales Material? (I.T.F.) Die Nationalsozialisten sind darüber entsetzt, dass die deutschen Eisenbahner eine neue Methode ausfindig gemacht haben, um illegale Flugschriften in die scharf überwachten Ausbesserungswerkstätten der Deutschen Reichsbahn zu schmuggeln, ohne dass die Geheime Staatspolizei (Gestapo) die Verteiler ausfindig machen kann. Empört hat der Werkdirektor eines der grössten Reichsbahnausbesserungswerke jetzt angeordnet: "Beim Auffinden solcher (illegalen) Hetzschriften sind mir diese unverzüglich zu überbringen....Ich mache darauf aufmerksam, dass eine Mitnahme und Weiterverbreitung der Hetzschriften scharfste Strafverfolgungen nach sich zieht....Die Meistereiführer sind anzuweisen, die zugeteilten Bediensteten genauestens zu unterrichten und auf die Strafverfolgungen, die eine Nichtbeachtung dieser Anordnung nach sich zieht, aufmerksam zu machen."

In seiner Nervosität hat der Werkdirektor aber gleich mitgeteilt, wo diese "Hetzschriften" zu finden sind: "Die Hetzschriften sind meist versteckt unter den Wagen, zwischen Konsolen und Fussboden oder Langträger angebracht." Wer es noch nicht wusste, wurde durch diese "Anordnung" darüber informiert, wo man die verbotene Lektüre finden kann, und die Arbeiter überbieten sich im Eifer, die "Hetzschriften" zu suchen und sie nicht, "unverzüglich" abzugeben.

Verschärfte Überwachung.

(I.T.F.) Mit allen Mitteln versuchen die Nationalsozialisten zu verhindern, dass die deutschen Seeleute in ausländischen Häfen wahrheitsgetreue Berichte über die Lage im Dritten Reich erhalten. Die Schwere der angedrohten Strafen scheint bei den Seeleuten wenig Eindruck gemacht zu haben, immer wieder klagen die Nationalsozialisten darüber, dass Seeleute verbotene ausländische Zeitungen und illegale Flugblätter als "Andenken" mit in die Heimat schmuggeln. Besonders kränkt es sie, dass langjährige Mitglieder der Nazi-Organisationen oft die eifrigsten "Andenkensammler" sind. Die NSDAP-Weser-Ems hat deshalb den Seeleuten folgende "letzte Warnung" zugestellt.

"Trotz wiederholter Aufforderungen, verbotene ausländische Zeitungen oder Flugblätter im Auslande nicht zu kaufen und mit an Bord zu nehmen, um sie evtl. noch im Heimathafen nach Hause zu nehmen, haben wir die Erfahrung machen müssen, dass dieses Verbot vielen seefahrenden Kameraden noch nicht bekannt ist.

Einige scheinen sich, trotz Kenntnis des Verbotes, hetzerische Flugschriften nach Deutschland einzuführen, noch nicht der Strafe bewusst zu sein, die sie im Übertretungsfalle unweigerlich anzutreten haben.

Sämtliche Stützpunkt-, bzw. Ortsgruppenleiter geben ihrer Besatzung (deshalb) nachstehendes zur Kenntnis:

Sämtliche in Deutschland verbotenen ausländischen Zeitungen und Hetzschriften müssen, falls sie in einem ausländischen Hafen an Bord gebracht werden, s o f o r t an den Stützpunkt-, bzw. Ortsgruppenleiter abgegeben werden.

Sollten bei einer plötzlichen Durchsuchung irgendwelche Hetzschriften bei einem Seemann noch gefunden werden, so trifft denselben eine sehr strenge Strafe. Unwissenheit schützt vor Strafe nicht!

Auch Parteigenossen sind nicht berechtigt, irgendwelches Hetzmaterial an Bord zu haben, oder dieses mit durch den Zoll zu nehmen; sondern auch sie müssen das Material an Bord dem Stützpunkt-, bzw. Ortsgruppenleiter abliefern.

Sämtliche deutschen Zoll-Dienststellen sind zur schärfsten Kontrolle angewiesen."

Damit aber dann der Stützpunkt- bzw. Ortsgruppenleiter nicht -- wie es vorkam -- einen gutgehenden illegalen Lesezirkel einrichtet, muss er "das Material an den mit einem Ausweis versehenen Vertrauensmann im deutschen Hafen s o f o r t abliefern".